

I
01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 00562/2022 des Stadtvertreters Stephan Martini (ASK)
Betreff: Stromsperrern und Gassperrern verhindern**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung fordert die Stadtwerke Schwerin auf, auf Strom und Gassperrern zu verzichten und jedem Kunden eine angemessene Ratenzahlung zu ermöglichen. Darüber sollen die Kunden über die Internetseite und bei der nächsten Gelegenheit schriftlich informiert werden.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Pflichtige Aufgabe

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Ablehnung Zunächst wird auf die Stellungnahme zum Antrag 00391/2022 verwiesen.

Im Jahr 2021 sind bereits einschlägige Verordnungen zur Gas- und Stromversorgung zugunsten der Endverbraucher angepasst worden. Durch rigidere Voraussetzungen für ein Sperrverfahren hat sich die Zahl der betroffenen Haushalte bereits deutlich reduziert. Weiterhin ist die Stadtwerke Schwerin GmbH (SWS) verpflichtet, eine sogenannte Abwendungsvereinbarung anzubieten, wozu auch das Angebot einer zinsfreien Ratenzahlungsvereinbarung gehört. Diese muss in einem „zumutbaren“ Zeitraum ausgeglichen werden können. Demgemäß wird immer nach Augenmaß und unter Berücksichtigung aller Faktoren entschieden, ob eine Sperre durchführbar ist oder nicht. Die Mitarbeiterschaft der SWS ist dahingehend sensibilisiert, Sperrvorgänge zu prüfen und mit Fingerspitzengefühl zu entscheiden. Hierbei wird insbesondere die derzeitig angespannte Gesamtmarktlage ins Auge gefasst.

Für die Wahrnehmung sozialer Fürsorgemaßnahmen ist grundlegend die gesetzliche Sozialverwaltung zuständig. Die aktuellen sozialpolitischen Debatten lassen den Schluss zu, dass insbesondere die finanziellen Belastungen der Privathaushalte aufgrund der derzeitigen Marktverwerfungen erkannt wurden und die Folgen durch entsprechende Transfermaßnahmen abgemildert werden sollen.

Dr. Rico Badenschier